



GdP BEI INNENMINISTER ZUBER

Personalkonzept setzt Schwerpunkte für Fußball-WM

Zur Bewältigung der polizeilichen Einsatzlage „Fußball-WM 2006“ wird das PP Westpfalz bis Sommer 2005 mit 100 Polizistinnen und Polizisten verstärkt. Innenminister Walter Zuber stellte der GdP seine Personalpläne vor.

In der pfälzischen Polizei werden die Einsatzplanungen des Innenministeriums positive Resonanz finden. Denn die Verstärkung mit 50 Beamtinnen und Beamten im Juli 2004 und weiteren 50 im übernächsten Jahr wird ein Stück weit die erhoffte Entlastung in den Schichten der Poli-

seiner Position abgerückt, den Weg in den Westen des Landes nur noch für jüngere Polizistinnen und Polizisten offen zu halten. Aber 60% Anteil an Versetzungen für die Jüngeren will er schon sehen. Die GdP hält dagegen: Die Balance zwischen den Gruppen müsse gewahrt bleiben.



Fritz-Walter-Stadion in Kaiserslautern, Austragungsort WM 2006

zeinspektionen in der Westpfalz bringen, und in der Vorderpfalz können sich in gleicher Zahl Kolleginnen und Kollegen auf eine heimatnähere Verwendung freuen.

Neues Versetzungspaket

Allerdings ist auch Wasser im Wein, denn der Innenminister gibt zugleich vor, dass die Versetzungskonzeption modifiziert wird. Künftig wird es zwei Versetzungslisten für Kaiserslautern und Trier geben, eine bis 35, die andere ab 36 Jahre. Gestritten wird noch über die Anteile der Versetzungsstellen für jede Liste. Walter Zuber ist inzwischen von

Personalplan vorgelegt

Über die langfristige Personalplanung wird im Landtag gesprochen. Das Innenministerium legte dazu vor wenigen Tagen eine Untersuchung vor, wie sich die Anforderungen an die Polizei in den nächsten 25 Jahren in ihrer Aufgabenstellung wie durch demographische Einflüsse verändern werden. Zusammenfassend kommt der Bericht zum Ergebnis, dass die Polizei unbedingt auf der heutigen Stärke von rund 9000 ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten gehalten werden muss. Entsprechend ist die Einstellungsplanung für die kommenden Jahre auszurichten.

Der GdP reicht das nicht: 10 000 Polizistinnen und Polizisten sind für Rheinland-Pfalz notwendig, betonte unser Vorsitzender Ernst Scharbach.

Etat wird schwierig

Die GdP wird alles daransetzen müssen, ihre Kernforderungen für den Personal- und Sachetat 2004 in Gesprächen mit den Landtagsfraktionen durchzusetzen. Wichtige Ziele sind die Fortführung der zweigeteilten Laufbahn mit Übernahme aller Anwärter, ASA und Bewährungsaufstieg, den Ausbau der Personalstärke durch 275 Neueinstellungen und ein Sonderprogramm für Tarifbeschäftigte, ein Beförderungspaket zum 18. Mai 2004 und Sicherung des hohen Standards in der technischen Ausstattung.

Organisation flexibler

In aller Sorgfalt und in enger Abstimmung mit den Präsidien und dem LKA entwickelt das Innenministerium einen Rahmen, in dem die PP künftig eigenverantwortlich und flexibler auf die Kriminalitätsentwicklung reagieren können. Es wird dabei nicht zur Auflösung von Dienststellen kommen, ebenso steht der Bezirksdienst nicht in Frage. Mit der Umsetzung der Überlegungen wird schrittweise im nächsten Jahr begonnen werden können. Weitere Punkte im Gespräch mit Innenminister Zuber waren die Forderungen der GdP nach Weiterführung der Altersteilzeit für Beamte und die Modifikation der Regelungen für die Anerkennung von Verwendungszeiten für die Pensionsgrenze. Hier folgen gesonderte Berichte. **TW**

AKTUELL IN DIESER AUSGABE

■ **GdP BEI INNENMINISTER ZUBER**
Seite 1

■ **INTERVIEW MIT MINISTER-PRÄSIDENT KURT BECK**
Seiten 2 und 3

■ **ORGANISATIONS-ENTWICKLUNG KRIPO**
Seite 4

■ **SCHUTZWESTEN**
Seite 6

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-rp.de>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Beck verteidigt Sparpläne

DP: Herr Ministerpräsident, die Polizistinnen und Polizisten sind geschockt: Nach finanziellen Einschnitten und Verlängerung der Lebensarbeitszeit haben sie darauf vertraut, dass es zumindest 2003 keine Kürzungen mehr geben wird. War das wirklich nötig?

Beck: Ich bin mir durchaus bewusst, dass die aktuell getroffenen Entscheidungen zum Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld für alle Beamtinnen und Beamten, nicht allein im Polizeidienst, hart und schmerzhaft sind. Dennoch bleibt uns in der jetzigen Situation keine andere Wahl. Aufgrund der schlechten konjunkturellen Situation in den Haushaltsjahren 2003 bis 2005 belaufen sich die mittlerweile zu erwartenden Steuermindereinnahmen auf 1 Milliarde Euro. Angesichts der insoweit grundlegend veränderten Haushaltssituation und -perspektive muss das Land Rheinland-Pfalz wie alle anderen Länder seinen

einschneidenden Konsolidierungskurs fortsetzen. Wie dramatisch die Finanzlage auch im Jahr 2003 ist, können Sie daraus erkennen, dass der Finanzminister am 16. September eine Haushaltsperre verhängen musste.

Unsere Kürzung des Weihnachtsgeldes in 2003 fällt im Übrigen im Vergleich zu anderen Ländern noch relativ moderat aus. In anderen Ländern sind die Kürzungen einschneidender (z. B. Berlin: Festbetrag von 640,00 Euro, Baden-Württemberg: 64 Prozent abzüglich Urlaubsgeld 2003, Hessen: 60 Prozent, Nordrhein-Westfalen: 50 Prozent, A2-A8: 60 Prozent). Auch beim Urlaubsgeld haben wir durch die Gewährung von 200 Euro für die Besoldungsgruppen A2-A8 sowie durch die Zahlung von 40 Euro pro Kind für alle Beamtinnen und Beamten soziale und familienpolitische Aspekte berücksichtigt.

DP: In kaum einem anderen Beruf ist der Erfolg der Polizei die Summe von vielen engagierten Einzelleistungen, die oft weit über die Pflicht zur Hingabe an den Beruf hinausgehen. Was glauben Sie, wie viel Ungerechtigkeitsempfinden und Vertrauensverlust den Polizeibeschäftigten noch zugemutet werden kann, ohne dass die Aufgabenerledigung Schaden nimmt?

Beck: Mir ist durchaus bewusst, dass gerade im Polizeibereich der Erfolg in erheblichem Maße von dem Einsatz und Engagement Einzelner abhängt. Ich gehe davon aus, dass die in der hohen Qualität polizeilicher Arbeit zum Ausdruck kommende Berufseinstellung durch die getroffenen Maßnahmen keine Einbuße erleidet. Abgesehen davon, dass der Schwerpunkt der Einsparungen auch weiterhin im Sachausgabenbereich liegt, wie ich bereits in meinem Rundschreiben an alle Beamtinnen und Beamten hervorgehoben habe, vertraue ich auf die Fähigkeit der Polizeibeamtinnen und -beamten, unabhängig von allem verständlichen Unmut die Notwendigkeit der überwiegend ja

nicht nur den Polizeibereich betreffenden Konsolidierungsmaßnahmen differenziert bewerten zu können.

Bei einer Gesamtbetrachtung dürfen beispielsweise die insbesondere durch die Einführung und bisherige Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn erzielten strukturellen Verbesserungen sowie die erheblichen technischen Fortschritte im Polizeibereich, die mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden sind, nicht unberücksichtigt bleiben.

DP: Der Einbruch in den Steuereinnahmen ist Folge der lahmen Konjunktur – aber auch Folge des Steuersenkungs-Wettlaufs. Sicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor. Dazu braucht der Staat Einkünfte. Steueroasen, Steuerhinterziehung und Korruption bringen Verluste auf der Einnahmenseite. Alleine der Mehrwertsteuer-Betrag wird auf 20 Mrd. Euro geschätzt. Setzen die Kürzungen bei den Beschäftigten den Hebel nicht an der falschen Stelle an?

Beck: Ich teile Ihre Auffassung, dass der Staat energisch auch gegen Steuerhinterziehung, Betrug und Korruption vorgehen muss. In Rheinland-Pfalz wurde daher in den letzten Jahren der Personaleinsatz im Bereich der Prüfungsstellen massiv verstärkt. So konnten z. B. im Jahr 2002 durch vermehrte Betriebsprüfungen 500 Mio. Euro mehr Steuern erzielt werden. Auch die Zahl der Steuerfahnder, die die Fälle aufspüren, wo Bürgerinnen und Bürger ihr Vermögen ins Ausland transferiert und die auf die Kapitalerträge fälligen Steuern hinterzogen haben, wurde seit 1995 um mehr als 30 Prozent erhöht. So konnten seitdem auch in diesem Bereich 484 Mio. Euro mehr eingenommen werden. Nicht zuletzt auf Initiative von Rheinland-Pfalz wird auch der Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität im europäischen Binnenmarkt seit einiger Zeit besonderes Augenmerk geschenkt. Auch auf Bundesebene hat sich Rheinland-Pfalz erfolgreich dafür ein-

gesetzt, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Das zum Jahresbeginn 2002 in Kraft getretene Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz, welches im Gesetzgebungsverfahren maßgeblich von Rheinland-Pfalz vorangetrieben wurde, gibt den Prüfern neue Instrumente zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität an die Hand. Steuerhinterziehung – in welcher Form auch immer – ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein gesellschaftlich unakzeptabler Vorgang, denn dadurch wird die Allgemeinheit und letztlich jeder Einzelne geschädigt.

Der verstärkte Personaleinsatz im Bereich der Prüfungsdienste zeigt, dass Rheinland-Pfalz diesem Missstand entschieden entgegentritt. Die von Ihnen angesprochene Innere Sicherheit zählt sicher zu den Kernaufgaben des Staates. Auch für die Standortfrage, insbesondere bei großen Unternehmen, spielt der Faktor Innere Sicherheit oder Innere Stabilität eine Rolle. Das im Bundesvergleich hohe Niveau der Inneren Sicherheit in Rheinland-Pfalz ist ganz sicher ein positiver Standortfaktor. Das deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegende Kriminalitätsrisiko, die hohe Aufklärungsquote, sowie das starke Engagement von Polizei und Kommunen im Bereich der Kriminalprävention sprechen insofern für Rheinland-Pfalz und für das Engagement der Polizei.

DP: Trotzdem. Die Gesamtverschuldung des Staates ist seit 1990 von ca. 500 Mio. auf ca. 1,2 Bio. Euro gestiegen. Gleichzeitig stieg das Privatvermögen von 2,2 Bio. auf über 4 Bio. Euro. Die Akkumulation des Reichtums hat sich auch nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün nicht geändert. Muss das Ihnen als Sozialdemokraten nicht in der Seele wehtun?

Beck: Sie haben recht, wenn Sie darauf hinweisen, dass die Verschuldung des Staates in den 90er Jahren stark angewachsen ist. Dies hängt vor allem mit den finanziellen Belastungen durch die deutsche Einheit zusammen. Rückschlüsse auf eine langfristige Unter-



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6470

INTERVIEW

finanzierung des staatlichen Sektors lassen sich aus diesem Zahlenvergleich nicht herleiten. Angesichts der wachsenden Notwendigkeit, sich eine private Altersvorsorge aufzubauen, und der Tatsache, dass die Investitionen für Arbeitsplätze und beispielsweise Grundlagen für den Aufbau privater Stiftungen, zusätzl. Förderung von kulturellen Zwecken etc. aus privaten Vermögen kommen müssen, kann ich nichts Verwerfliches am Vermögensaufbau an sich finden. Was mich als Sozialdemokrat stört, ist nicht der Reichtum, sondern die Armut.

In diesem Zusammenhang kann ich auf die Erhöhung des Kindergeldes um fast 40 Prozent, die Erhöhung der Grundfreibeträge bei der Einkommensteuer und die Einführung der Grundversicherung für alte Menschen verweisen. Dies alles sind Maßnahmen, mit denen wir seit 1998 das Armutsrisiko wirksam bekämpft haben.

DP: Wenn Ihre Argumente mit den Sachzwängen stimmen sollten: Haben nicht viele recht, wenn sie nicht mehr wählen gehen wollen, weil sich die Parteien nicht mehr unterscheiden?

Beck: Da ist jetzt sehr pauschal formuliert. Es geht um Realitäten in den Bereichen der Einnahme- und Ausgabenentwicklung bei den Landes- und Bundesfinanzen, den Gemeinden und den Sozialversicherungen. Da liegen aufgrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die nur in Teilen von der Politik beeinflusst werden kann, Fakten auf dem Tisch, die nicht wegzudiskutieren sind. Als aktuelles Beispiel möchte ich Ihnen die Berichte der Rürup- und der Herzog-Kommission nennen.

Beide ähneln sich in der Analyse der aktuellen Situation und beim Zukunftsszenario sehr. Die politischen Unterschiede sind dort erkennbar, wo Steuerungsmöglichkeiten existieren. Steuerung ist noch in den Bereichen Krankenversicherung und Pflegeversicherung möglich, also sind dort auch die Unterschiede bei den Lösungsvorschlägen von SPD und CDU am größten.

Auch empfehle ich Ihnen die Gesetzentwürfe der CDU/CSU-

regierten Länder zur Arbeitsmarktreform. Da können Sie in allen Bereichen die Beschneidung der Arbeitnehmerrechte in einem Maß finden, das sich deutlich von den Inhalten der Gesetzentwürfe der Bundesregierung unterscheidet.

DP: Viele fragen: Was kommt noch alles? Was wird als nächstes gekürzt? Wo soll das eigentlich

KOMMENTAR

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben sich in diesem Jahr bereits mit 30 Mio. Euro an der Konsolidierung des Etats beteiligt. Die Finanzlage des Landes ist dramatisch, die der Beschäftigten auch.

Andere Länder kürzen mehr bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld, äußert Herr Beck. Das Saarland verzichtet mit Hinweis auf den Vertrauensschutz der Beschäftigten auf die Idee, das Weihnachtsgeld schon 2003 zu streichen. Diesen Vertrauensschutz fordern auch wir.

Wenn unser Landesvater darauf vertraut, dass die Polizeibeschäftigten weiterhin fähig sind, trotz des auch von ihm eingeräumten Unmutes, gute Arbeit abzuliefern, hat er vermutlich recht. Denn wir arbeiten nicht für oder wegen eines Politikers oder der Parteien, sondern für die Bürger und Bürgerinnen des Landes. Die Bevölkerung zeigt hohes Vertrauen in die Polizei. Politiker dürften glücklich sein, wenn sie eine ähnlich hohe Akzeptanz bei ihren Wählerinnen und Wählern hätten.

Die Erkenntnis, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist und dass Rheinland-Pfalz der Bekämpfung ein

alles enden? Gibt es ein Licht am Ende des Tunnels? Nur auf Wachstum zu setzen, kann es doch nicht sein. Das „Immer-Mehr“ und „Immer-Schneller“ lässt die Menschlichkeit völlig außer Acht. Hat das Ganze nicht etwas von dem alttestamentarischen ‚Goldenen Kalb‘, um das wir tanzen?

Beck: Die Zukunftssicherung

verlangt von Politikerinnen und Politikern und auch von jedem Einzelnen sehr viel Mut, Weitsicht und Verantwortungsübernahme. Entscheidungen, die heute für die Zukunft getroffen werden, und auch für zukünftige Generationen, finden in der Regel bei der Mehrheit der Bevölkerung geringe Akzeptanz. Das, weil Menschen entweder ihren eigenen aktuellen

besonderes Augenmerk schenken wird, reicht nicht, um Steuerflucht zu verhindern. Im Jahr 2003 sind 8500 Steuermillionäre ins Ausland abgewandert. Was den Sozialdemokrat Kurt Beck stört, ist nicht der Reichtum, sondern die Armut. Aber um Armut zu verhindern muss man die Reichen dazu bringen, sich an der Finanzierung des Sozialwesens zu beteiligen. Dann klappt das auch mit den Sozialausgaben.

Es gibt noch Unterschiede zwischen den Parteien. Politiker, die die Wahrheit sagen, brauchen einen langen Atem. Das unterstreiche ich. Doch die Menschen brauchen Sicherheit. Sicherheit ist nicht zu erreichen, wenn hinter jeder Sau gleich eine neue durchs Dorf getrieben wird. Die Einsicht des Ministerpräsidenten, dass die Grenzen der Zumutbarkeit erreicht sind und dass man zum Dialog zurückfinden müsse, freut mich. Es muss der Hinweis erlaubt sein, dass Dialog vor Verkündung von Kürzungsorgien stehen soll. Die Grenzen der Zumutbarkeit für 2003 sind überschritten. Bleibt abzuwarten, was in Zukunft folgt: Neue Säue oder Dialog über Zukunft und Sicherheit der Beschäftigten? **HWG**

Besitzstand fälschlicherweise in Gefahr sehen (Beispiel: die Diskussion über die Erhöhung des Renteneintrittsalters, das im Übrigen bei beiden Kommissionsplanungen erst ab 2030 greifen soll) oder Realitäten verdrängt werden. Politikerinnen und Politiker, die die Wahrheit sagen und für die Zukunft handeln, brauchen einen langen Atem und müssen viel aus-

halten. Wir brauchen deshalb bei den drängenden Aufgaben der Zukunftssicherung der Sozialen Sicherungssysteme mehr parteiübergreifenden Konsens. Ein Beispiel ist der Konsens zur Gesundheitsreform, der natürlich ein Kompromiss ist. Doch ohne ihn wäre das gesetzliche Krankenversicherungssystem nicht überlebensfähig.

DP: Gestatten Sie uns am Ende dieses Interviews eine ganz persönliche Frage an das Gewerkschaftsmitglied Kurt Beck. Können Sie sich vorstellen, was in den Kolleginnen und Kollegen vorgeht, welcher Frust und wie viel Resignation sich aufgestaut haben? Was ist Ihre persönliche Botschaft?

Beck: Ich kann es mir vorstellen. Ich bitte Sie jedoch mir zu glauben, dass die Kürzungen nicht Ihre Leistungen oder Ihr Engagement verkennen. Im Gegenteil, ich kenne und schätze Ihre Arbeit außerordentlich.

Der öffentliche Dienst kann aber nicht von Einsparmaßnahmen ausgeschlossen werden. Dabei ist mir bewusst, dass wir mit den Beschlüssen zum Weihnachts- und Urlaubsgeld bis an die Grenzen des Zumutbaren gegangen sind.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bitte ich auch einen Beitrag zur Konsolidierung der Haushalte zu leisten. Die Arbeitsplatzsicherheit, die Sie alle haben, ist ein Pfund, um das Sie von vielen beneidet werden. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes hat in diesen Zeiten eine besondere Qualität. Ich bin sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen das auch zu schätzen wissen. In Gesprächen mit Betriebsräten und Industriegewerkschaftern ist dies immer ein Thema; diese Kollegen kämpfen nicht um Kürzungen, sondern um den Erhalt des Arbeitsplatzes. Und schließlich würde ich mir wünschen, dass wir miteinander nach den z. T. heftigen Diskussionen des vergangenen und dieses Jahres wieder zu einem Dialog zurückfinden. Ich möchte dies von meiner Seite ausdrücklich anbieten.

Das Interview führte Ernst Scharbach

Die ersten Bälle im Tor

Um in der Fußballersprache zu bleiben: Für den Polizeieinsatz zur Vorbereitung und Begleitung der Fußball-WM 2006 sind die ersten Bälle ins Tor geschossen. Innenminister Walter Zuber informierte die GdP beim Gespräch Ende September über Personalmaßnahmen und Planungen für die technische Ausstattung des PP Westpfalz. Danach wird das Kaiserslauterner Polizeipräsidium schon im nächsten Jahr um 50 Polizeibeamtinnen und -beamte verstärkt, die im Sommer ihren Dienst bei den dortigen Inspektionen aufneh-

men. Weitere 50 kommen im Sommer 2005 dazu. Die Personalverstärkung wird mit dem jährlichen Versetzungspaket realisiert, so dass 100 Kolleginnen und Kollegen vorwiegend aus den Präsidien im Rheingraben auf heimatnähere Verwendung hoffen dürfen. Darüber hinaus wird Zug um Zug beim PP Westpfalz die zu bildende BAO personell bestückt. Die Einsatzleitung wird später auf moderne Multimediatechnik zurückgreifen können. Hinter der eigentlich mal vorgesehenen digitalen Funktechnik stehen eher mehrere Frage-

zeichen. Die Finanzierung ist immer noch nicht geregelt und für eine flächendeckende Einrichtung der neuen Technik reicht die Zeit ohnehin nicht mehr. Deshalb investiert die Landesregierung in Erhalt und Optimierung der analogen Funktechnik, um Einsatzprobleme zu vermeiden. Im Etat 2004 stehen für Beschaffung und Installation der neuen Leit- und Kommunikationstechnik 1,6 Mio. Euro bereit. Minister Zuber geht davon aus, dass das Geld gut angelegt ist, weil die Analogtechnik mindestens bis 2010 genutzt werden kann. **T. W.**

ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Kein Zeitdruck

Zuber: Aufregung unbegründet

„Der Pfiff des Ganzen ist, dass die Behörden eigenen Gestaltungsspielraum bekommen“, mit diesem Satz beschrieb Minister Zuber im Gespräch mit der GdP den roten Faden, der sich durch das Thema Fortentwicklung der Polizeiorganisation zog.

So gelte es, die Starrheit landesweiter Kataloge zu überwinden und in den Behörden auch unterschiedliche Organisationsmöglichkeiten zuzulassen, beispielsweise bei der Frage, ob ein kriminalpolizeilicher Dauerdienst erforderlich sei oder nicht, meinte auch Polizeiabteilungsleiter Ludwig.

Da die Abgabefrist der Arbeitsgruppen, die sich mit ersten Organisationsfragen (Schnittstelle KI/PI und Fahndung) beschäftigen, verschoben worden sei, könne auch noch kein Konzept vorgelegt und diskutiert werden. Erst in 2004, so der Minister, sei mit ersten Änderungen zu rechnen. Allerdings nicht im Sinne einer Stichtagregelung für alle, sondern in Form von Vorgaben an die Polizeibehörden, die sukzessive und regional angepasst umgesetzt werden könnten. Bernd Becker formulierte für die GdP-Delegation noch einmal die

„Knackpunkte“ und spiegelte die Bedenken der Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen wider. Walter Zuber wehrte sich dagegen, die derzeitigen Überlegungen als abermalige Neuorganisation sprachlich zu diskreditieren und erneuerte die Bestandsgarantie für alle Dienststellen. Auch der polizeiliche Bezirksdienst habe nie in Frage gestanden, es werde im Einzelfall zu prüfen sein, wo im Bezirksdienst noch Aufgaben übernommen werden könnten. Es sei klar, dass dies vielerorts nicht mehr möglich sei. Befürchtungen in der Kriminalpolizei, es werde künftig weniger Beförderungsmöglichkeiten geben, trat er entgegen und sah vielmehr die Chance, durch die Bestellung von Stellvertretern und eine Verlagerung von Spezialisierung auf die Sachbearbeiterebene neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Für die weiteren Überlegun-

gen wies Becker auf einige GdP-Eckpunkte hin: In den Städten dürfe es nicht dazu kommen, dass die Kriminalinspektionen durch einen personellen Aderlass am gleichen Standort arbeitsunfähig würden. Die spezialisierte Sachbearbeitung müsse für viele Arbeitsbereiche erhalten werden, postulierte er. Mit seiner Forderung, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen der Zahl der Organisationseinheiten einer Kriminalinspektion und deren Personalstärke geben müsse, stieß er auf offene Ohren. Zum Thema Fahndung regte die GdP an, vorhandene erfolgreiche Modelle in die Überlegungen einzubeziehen. „Wo gute Lösungen gefunden wurden, dürfen wir hinter diese nicht zurückfallen“, waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. Minister Zuber will zum Thema Organisationsentwicklung weiter mit der GdP im Gespräch bleiben. **BB**

KURZ & KNACKIG

■ Gebühren

Unausgegoren und kontraproduktiv ist nach Ansicht der GdP die Gebührenerhebung der Polizei. Bernd Becker vom GdP-Landesvorstand spricht in einem Brief an das Innenministerium von schwerwiegenden Zielkonflikten, die er an Beispielen erläutert. Bei Einbruchalarmen werde die Polizei nicht mehr verständigt, weil bei Fehlalarmen Gebührenpauschalen fällig werden. Viel Zeit gehe ins Land, bis eine Sicherheitsfirma den Tatort aufgesucht habe. „Wird dann der Einbruch festgestellt, bleibt der Polizei nur noch die Tatortaufnahme. Die Chance, die Täter festzunehmen ist Stunden nach Alarmeingang auf null gesunken“. Umso problematischer sei es, große kommerzielle Veranstalter der Beteiligung an den Einsatzkosten außen vor zu lassen. Er verweist dazu auf die Forderung der GdP nach einer Fußballabgabe durch die DFB-Liga GmbH.

■ Versetzung

Nach Trier und Kaiserslautern sind auch künftig Versetzungen möglich. Kolleginnen und Kollegen aus den Dienststellen im Rheingraben behalten so die Chance auf heimatnähere Verwendung. Das hat die GdP im Gespräch mit Innenminister Zuber erreicht.

■ § 208 LBG

Die GdP hat ein Rechtsgutachten zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Regelung des § 208 LBG (Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten) in Auftrag gegeben. Hintergrund ist insbesondere die Verletzung der Schutzgarantie für die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt per Landesgesetz länger arbeiten müssen. Die Übergangsfristen für die Einbeziehung der Polizeizulage in die Pension laufen Ende 2007 bzw. Ende 2010 aus.

Anzeige

PK aus Hessen sucht aus dringenden familiären Gründen
Tauschpartnerin/Tauschpartner
aus Rheinland-Pfalz.
Zuschriften unter VDP/AV
610945-1, Pf. 309, 40703 Hilden

PERSONAL

Erfurt neuer Präsident des PP Westpfalz



Wolfgang Erfurt

Wolfgang Erfurt wird neuer Polizeipräsident in Kaiserslautern. Ministerpräsident Kurt Beck hat auf Vorschlag von Innenminister Walter Zuber entschieden, den Leitenden Polizeidirektor mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Polizeipräsidenten beim PP Westpfalz zu beauftragen. Wolfgang Erfurt wird am 3. November 2003 seinen Dienst in Kaiserslautern aufnehmen. Er ist Nachfolger von Polizeipräsident Gerd Braun, der Ende September in den Ruhestand versetzt wurde.

Wolfgang Erfurt ist 53 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Töchter. Er wohnt in Dannenfels im Donnersbergkreis. Seit mehr als 35 Jahren arbeitet er im Polizeiberuf und kann eine vielfältige Verwendungsbreite nachweisen. Nach seinem Aufstieg in den höheren Polizeidienst war er bereits in Führungsfunktionen beim Polizeipräsidium in Kaiserslautern und bei der Kreisverwaltung Bad Dürkheim als Leiter der Vollzugspolizei tätig. Derzeit ist Wolfgang Erfurt Lei-

ter der Abteilung Polizeieinsatz beim Polizeipräsidium Mainz und Vertreter des Polizeipräsidenten.

Die GdP gratuliert ihrem langjährigen Mitglied Wolfgang Erfurt herzlich zur Berufung in das Amt des Polizeipräsidenten und freut sich auf gute Zusammenarbeit.

GdP VOR ORT

Im Report: PI Mainz 3 und PI Landstuhl

Längst genügt das 1976 errichtete Gebäude der Mainzer Polizeiinspektion 3 auf dem Lerchenberg nicht mehr den Anforderungen. Es ist viel zu klein geworden für die hier tätigen 75 Beamtinnen und Beamten und mit der Ausstattung steht es auch nicht zum Besten. Seit Januar dieses Jahres stehen drei Container als Zusatzraum zur Verfügung. „Wenigstens hat man jetzt ein eigenes Büro“, meinen die dort untergebrachten Jugendsachbearbeiter. Auch Günter Schneider, der PI-Leiter sieht einen Schritt nach vorn, damit die Platznot wenigstens etwas abgemildert ist: „Aber wir bleiben schon am Ball, dass aus dem Provisorium kein Dauerzustand wird“, fordert er mit Blick auf die Diskussion um einen Ausbau der Inspektion.

Als Chef der recht großen Inspektion zeigt er sich zufrieden mit der Motivation und dem Leistungsstand seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das muss auch angesichts der vielfältigen Einsatzanforderungen und der Programmvorgabe durch die vorgesetzten Behörden bis zum ISM auch notwendig, denn es geht oft richtig rund.

Im Gespräch mit Ernst Scharbach, Anne Knewitz und Thomas



GdP im Gespräch mit Kollegen der PI Landstuhl

Will vom GdP-Landesvorstand und Burkhard Busch von der Mainzer GdP wurden aktuelle Probleme von der Schutzwestenausstattung bis zum Flexi-Schichtplan erörtert.

Ähnlich die Diskussion in Landstuhl: Von der Kritik an der Lebensarbeitszeitverlängerung und den Kürzungen bei den Einkommen und Beihilfen bis zur Sorge um die Kriminalitätsentwicklung, die augenfällig von Migranten verursacht wird, reichen die Beiträge der Kollegin-

nen und Kollegen. Bezirksgruppenvorsitzender Jürgen Moser und Ernst Scharbach erläuterten die Entwicklungen im Bund und in Rheinland-Pfalz bzw. Hintergründe der Sparprogramme, zeigten Alternativen auf und kündigten Protest an. PI-Leiter Wolfgang Schäfer stellte die Arbeitsschwerpunkte seiner Inspektion vor. Der geplanten Ausweitung der Zuständigkeit in der Kriminalitätsbekämpfung sehe man gelassen entgegen; die Fallzahlen lägen schon heute weit über den

vom Ministerium angepeilten 80%.

red

Anzeige

Tauschgesuch

Polizeikommissarin z. A. aus Nordrhein-Westfalen sucht Tauschpartner aus Rheinland-Pfalz. Interessierte sollten den gleichen Dienstgrad haben.

Kontakt unter: 01 79-7 15 03 50

Optimaler Schutz für riskanten Beruf

Schutzwesten gehören aus Sicht der GdP zur persönlichen Standardausstattung für alle im Einsatz stehenden Polizistinnen und Polizisten. 2001 ist das entsprechende Ausstattungsprogramm angelaufen. Robert Dörflinger vom GdP-Fachausschuss Technik und Helmut Knerr, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender sprachen für DEUTSCHE POLIZEI mit Dirk Küntzer, Dezernatsleiter Einsatz-technik der ZPT, über den Stand des Projektes.

DP: Haben bald alle Kolleginnen und Kollegen eine persönliche Schutzweste?

Küntzer: Bis Mitte August waren rund 2600 Unterziehschutzwesten ausgegeben. Weitere 794 sind bestellt und werden noch 2003 geliefert. Bis Ende 2004 werden voraussichtlich rund 4900 operativ eingesetzte Polizeibeamtinnen und -beamte mit ihrer persönlich zugewiesenen Unterziehschutzweste ausgestattet sein, so die Planungen der ZPT.

DP: Welches Beschaffenheitsprofil wurde für die Westen vorgegeben?

Küntzer: Die Ausstattung basiert auf einer europaweiten Ausschreibung. Die entscheidende Eigenschaft der Weste ist ein hohes Maß an Schutzwirkung, ein weiteres Hauptziel die Verbesserung des Tragekomforts. Wir suchten eine Weste, die problemlos über eine gesamte Dienstschrift getragen werden kann. Durch eine neue Faserentwicklung bot die Industrie erstmals eine Unterziehschutzweste an, die mit rund 1,5 kg nur noch

halb so schwer ist wie die letzten „modernerer“ Modelle. Zusätzlich werden die Westen individuell angepasst.



Dirk Küntzer

DP: Wie sieht das aktuelle „Schutzwestenpaket“ aus?

Küntzer: Das ballistische Paket umfasst 2 Trägerwesten (Wechselhüllen) sowie einen zusätzlichen Stichschutz für die Vorderseite mit einer eigenen Hülle. Im Rahmen der persönlichen Vermessung kann darüber hinaus individuell entschieden werden, ob entweder eine dritte Trägerweste oder ein „Deep Cover Shirt“ gewünscht wird. Insgesamt

gibt es also 3 waschbare Hüllen zu jeder Weste.

DP: Es gibt ein wenig Ärger, weil bei der Reihenfolge für die Zuweisung der Schutzweste in den Dienststellen offensichtlich unterschiedlich vorgegangen wird. Woran liegt das?

Küntzer: Die Priorisierung für die Zuweisung der Schutzwesten bei den Dienststellen ist offenbar unterschiedlich. Wer entscheidet über die Zuteilung einer Weste? Von der ZPT werden mit den PP und Einrichtungen „Kontingente“ vereinbart. Die Einstufung als „Operativkraft“ und die Entscheidung über die Reihenfolge der Ausstattung treffen die PP und Einrichtungen aber selbst, die ZPT hat darauf keinen Einfluss. Die Westen werden durch die ZPT bestellt und geliefert. Für die Ausgabe sorgen wieder die PP und Einrichtungen selbst.

DP: Immer wieder wird von Problemen bei der Vermessung gesprochen.

Küntzer: Anfänglich kam es bei 15–20% der Fälle zu ungenauen Aufmessungen oder zu Datenübertragungsfehlern. Diese Unregelmäßigkeiten sind mittlerweile durch unsere Intervention bei der Herstellerfirma abgestellt. Seit 2003 finden die Vermessungen mit den „Verpassätzen“ statt. Nach Einführung dieser Messmethode kommt es kaum noch zu Reklamationen. Bei Problemen wird nachgebessert.

Dabei helfen auch die eigens ausgebildeten Multiplikatoren in den PP und Einrichtungen.

DP: Läuft die finanzielle Förderung für privat gekaufte Schutzwesten weiter?

Küntzer: Ja, diese Möglichkeit besteht, sofern man noch keine persönlich zugewiesene Unterziehschutzweste erhalten hat und nicht vermessen wurde. Die Westen müssen allerdings den Anforderungen der technischen Richtlinie (Schutzwirkung) entsprechen. In knapp 400 Fällen wurde dieses Verfahren bereits erfolgreich umgesetzt. Weitere Infos zu den Voraussetzungen und dem Prozedere hat die ZPT ins Intranet gestellt.

DP: Muss jemand die Schutzweste wieder abgeben, wenn er zu einem anderen PP versetzt wird?

Küntzer: Da die Westen individuell aufgemessen sind, verbleibt sie logischerweise bei der Kollegin bzw. dem Kollegen. Es erfolgt lediglich ein Belegwechsel zwischen den Dienststellen.

DP: Und was passiert, wenn eine „Operativkraft“ durch andere Verwendung diesen Status verliert?

Küntzer: Für diese Fälle ist ein Pool vorgesehen. Aufgrund der gespeicherten Daten kann die Schutzweste wenn nötig mit Modifikationen neu zugeteilt werden.

DP: Kollege Küntzer, wir danken für das Gespräch.

JUBILÄUM



50 Jahre Polizeiorchester Rheinland-Pfalz

Wer hervorragende Arbeit für das Image der Polizei und in der Präventionsarbeit leistet, darf auch mal kräftig auf die Pauke hauen. Mit einem großartigen Konzert feierte das Polizeiorchester Rheinland-Pfalz in Mainz seinen 50. Geburtstag. Die GdP gratulierte mit einem Geldpräsent für die Orchesterkasse.

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen
beim

**Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH**

0 61 31 – 9 60 09 20

PSW-Fahrrad-Sonderangebot

SCHAUFF®



Modell: Navarra 7 / 24

- Rahmen: **SCHAUFF Alu Techtube Set:** 7020 T6 Aluminium, TIG-geschweißt und heat-treated, 1 1/8" **Oversize** Steuerkopfrohr.
- Rahmenhöhen: Da: 46, 50 cm in KISS, 46cm in WAVE; 50, 53 cm Trapez und 26" 46cm WAVE He: 48, 53, 58, 62 cm
- Gabel: Federgabel Cozy SL, 1 1/8" Oversize
- Schaltung: Shimano Inter-7 Gang / Acera 24 Gang mit EF29 STI
- Bremsen: Rücktrittbremse **plus** V-Bremsen vorne + hinten, vorne mit Power-Modulator
- Felgen: Alu Euroline Aero
- Reifen: Schwalbe mit Reflexstreifen
- Lenker: Multiposition Alu
- Vorbau: Aluminium 1 1/8" Oversize, verstellbar
- Sattelstütze: **gedert**
- Sattel: Gel-Tech
- Licht: Halogen mit Schalter, Standrücklicht, Dynamonabe
- Farbe: blau/hellblau
- Regulärer Verkaufspreis: ab € 499,- frei Haus!

Für GdP-Mitglieder

nur € 349,- frei Haus!

Angebot befristet, deshalb sofort bestellen!

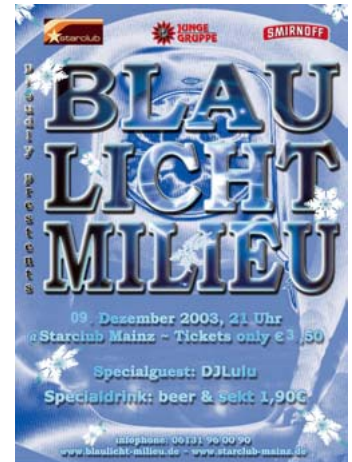
Per Fax: 06131/96009-27
Per E-Mail: psw-rp@gdp-online.de



All-Inclusive-Party



Tolles Wetter und gute Laune: Alt und Jung amüsierten sich gemeinsam bei der All-Inclusive-Party der GdP in Marienhausen



Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen

Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 - 9 60 09 23

PENSIONÄRE AUF DEM HAHN

Horst Vinhoven, Gerhard Remmet von der Bezirksgruppe Mainz und die Kreisgruppenvorsitzenden Burkhard Busch, Klemens Dehos und Volker Collet begleiteten Pensionäre und Rentner der BG Mainz, teilweise mit ihren Partnern (insgesamt 40 Personen) zur Landespolizeischule auf den Hahn.

„Das ist doch nicht mehr unsere Polizei aus den sechziger und siebziger Jahren“, war die wiederholte Feststellung der Pensionäre aus der Bezirksgruppe Mainz. „Hier gibt es ja keine Polizeischüler, keine Ausbilder, keinen Speisesaal oder sonstiges aus alten Zeiten. Alles ist wissenschaftlich und man hat nur noch Studenten, Dozenten, eine Mensa usw.“

Diese Eindrücke, die hervorragend von Frau Anette Bente, EKHK Harald Zeller und Kollege Paul Mohr vermittelt wurden, beschäftigten die Gruppe noch lange nachhaltig. Der Rund-

gang durch die LPS und die Vorstellung der Kriminalistischen Lehrmittelsammlung waren die ersten Höhepunkte des Tages, die gute Einblicke in das Leben auf der LPS erlaubten und für sehr viele bis dahin unbekannt waren.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen ging es dann mit dem Bus über das gesamte Flughafengelände bis zum Terminal mit einer ausgezeichneten Führung durch Timo Bohr, der sein erstaunliches Wissen auf alle verbreitete. Wieder ein Höhepunkt des Tages. Nach dem Besuch des Terminals, wo auch zum gleichen Zeitpunkt ein Landevorgang beobachtet werden konnte, fuhren alle nach Gösenroth zum „Bauer Beelitz“, wo der Tag einen fröhlichen Abschluss nahm.

Bei der Heimfahrt wünschten sich alle die Wiederholung eines solchen Tages der GdP-Senioren.

HV

LESERBRIEF ZU GdP VOR ORT

Sehr geehrte Kollegen, diese beiden Reality-Darstellungen der polizeilichen Situation vor Ort trifft den Kern der Wahrheit.

Ich hoffe, nun in jeder DP-Ausgabe solche Artikel zu lesen und, dass sie auch in den jeweiligen Lokalzeitungen erscheinen, damit die Bürger („Stimmvieh“) erkennen, wie es um die Sicherheit bestellt ist, und den Mandatsträgern entsprechend aufs Dach stei-

gen. Spätestens dann, wenn die Abgeordneten wieder aus ihren Löchern gekrochen kommen und sich zwischen den Wellness-Terminen (Champagner und Finger-Food) bei Wahlveranstaltungen durch das Wahlvolk huldigen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Puth

Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Mayen

WIR TRAUERN UM

Willi Zitz, PP/PD Koblenz, 72 Jahre
 Wilfried Wies, PP/PD Koblenz, 49 Jahre
 Franz Pfirrmann, Südpfalz, 83 Jahre
 Georg Ebner, PP/PD Koblenz, 83 Jahre
 Hermann Wolf, PP/PD Koblenz, 83 Jahre
 Christoph Huwer, PD Kaiserslautern, 39 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.